

**Presseerklärung zur Berichterstatt im Magdeburger Lokalanzeiger vom 03.09.2005
„Wegen Kundgebung Ratssitzung beendet“**

Die Mitglieder des Magdeburger Stadtrates erachten die Ausgewogenheit der Berichterstattung von der Sitzung des Stadtrates am 01.09.05 sowie die journalistische Auswahl der dargestellten Themen für kritikwürdig:

Im Gegensatz zum dargestellten Artikel haben nicht Teile der CDU- Fraktion ein Ansinnen auf Beendigung der Sitzung um 19.00 Uhr gehabt, sondern die komplette CDU- Fraktion hat einen Antrag auf Beendigung um 19.30 Uhr wegen „mehrerer Veranstaltungen mit teilweise überregionaler Bedeutung“ gestellt, der richtig dargestellt zunächst knapp mehrheitlich abgelehnt wurde.

Bereits am Freitag vor der Sitzung hat mir die SPD- Fraktion signalisiert, dass sie von einer frühzeitigen Beendigung der Sitzung ausgeht. Das Vorstandsmitglied der Linkspartei.PDS- Fraktion hat mir vor der Sitzung mitgeteilt, dass sich seine Fraktion einem entsprechenden Ansinnen nicht in den Weg stellen wird. In der Sitzungspause gegen 19.00 Uhr haben die Vorsitzenden der FDP, Bündnis90/Grüne und BfM/Tierschutzpartei das Gespräch mit mir gesucht, um dem in einer Demokratie legitimen Interesse der Möglichkeit einer Teilnahme an der Kundgebung mit Frau Merkel Ausdruck zu verleihen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 19.05 Uhr habe ich in einem Statement den Stadtratsmitgliedern diese Entwicklung zur Kenntnis gegeben. Es hatten sich zu diesem Zeitpunkt auch nicht, wie behauptet, ausschließlich CDU- Fraktionsmitglieder bei mir entschuldigt. Im Gegensatz zum Artikel in Ihrer Zeitung fand keine Abstimmung, auch nicht wie fälschlich behauptet um 18.05 Uhr statt. Die Unterbrechung der Sitzung fand aufgrund des beschriebenen Geschäftsordnungsantrages, dem bis auf zwei/drei Ausnahmen alle Mitglieder des Rates zustimmten, statt.

Wenn die in unserem Land höchstmögliche politischen Willensbekundung, die Wahlen zum Deutschen Bundestag, anstehen, und einer der zwei Spitzenkandidaten zu einer Kundgebung aufruft, ist das Interesse über deren Ablauf bei allen politischen Mandatsträgern natur- und pflichtgemäß und vom jeweiligen (unterschiedlichen) Standpunkt aus in hohem Maße gegeben. Dies ist am 01.September genauso gewesen wie wenige Tage zuvor beim Besuch des Bundeskanzlers und anderer Spitzenpolitiker.

Eine in aller Deutlichkeit vorgetragene Klarstellung zur in der Kommentierung aufgeworfenen provokanten Fragestellung: 1. Der Stadtrat hat mit seiner der demokratischen Fairness geschuldeten Entscheidung auf Sitzungsvertagung in keinsten Weise für oder gegen den Inhalt oder die Personen der als „Wahlkampfveranstaltung“ bezeichneten Kundgebung votiert 2. Es besteht kein Zusammenhang in der Wichtung zwischen Zuschauern, die an ausschließlich einzelnen Themen interessiert sein mögen und der Sitzungsunterbrechung.

ens Ansorge

.....